

Rüdiger Klasen
Wittenburgerstr.10
19243 Püttelkow
Festnetz-Tel: 038852-58951
Mobil- Tel: 01629027725
<http://staatenlos.info>

08.07.2013

AZ: 4yp-323/12/2045

Polizeipräsidium Rostock
z. H. Polizeipräsident Herr Laum
Hohen Tannen 10
18196 Waldeck

Seite 1- 11

OWi- KASSEN- ZEICHEN: 34.0813.477173.5
OWi- KASS EN-ZEICHEN: 34.0813.477174.3

Telefonanruf von Ihrem Mitarbeiter Herrn Awe - Polizeipräsidium Rostock am 8.07.2013

Anzeige und Beschwerde

wegen illegal- arglistig- heimtückische juristische (§)Fortführung des Nazismus und Faschismus durch den Gesetzgeber und in § Folge für jeden einfache Befehls(Weisungs-)Empfänger rechtoffenkundige STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12. 2010,
OFFENKUNDIGER STILLSTAND DER RECHTSPFLEGE in der Bundesrepublik Deutschland Hamburg,
Grundrechteverletzung durch die deutsche Polizei (POM Hacker POM Ziller + Polizeihauptkommissar Uwe Mathews),
Machtmißbrauch, Mißbrauch der deutschen Polizei/ Landespolizei *Mecklenburg-Vorpommern* für privatwirtschaftliche Fremddinteressen (OWi- Geschäftsmodell),
Positionierung der deutschen Polizei -c/o Landespolizei *Mecklenburg- Vorpommern* zum Schutz des gleichgeschalteten deutschen Volkes, der verfassungsmäßigen Grundordnung, dem Militär Grundgesetz und der rechtsgültigen Verfassung v. 1919.

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Laum,

Gemäß telefonischer Vereinbarung mit Ihrem Mitarbeiter Herr Awe :
Die deutsche Polizei hat als bewaffnetes Organ den Schutz auf das gleichgeschaltete Deutsche Volk und dem Militär- Grundgesetz (GG) sowie auf die dahinter stehende überlagerte rechtsgültige Verfassung v. 1919 geleistet. Dieser Eid wurde und wird ständig durch Grundrechteverletzungen gebrochen. Die verfassungsmäßige Grundordnung wurde beseitigt.

Anlagenverweis: K 8 EU- Todesstrafe / Schießbefehl

Grundrechteverletzung durch die deutsche Polizei:

Mißbrauch der deutschen Polizei zur Wegelagerung für OWiG Schutzgelder in Form von sog. *Verwarngelder / Bußgelder* (Verniedlichung für Wegelagerung: *Knöllchen*)
Diese Gelder dienen als kommunale GESCHÄFTSMODELLE über die Finanzkreisläufe zur Entlastung des Bundeshaushaltes/ EU für unsere existenzielle Selbstvernichtung. Die existenzielle Selbstvernichtung passiert über Vermögensvernichtung - ESM Bankenbürgschaft, die komplexe Umwelt - & Naturzerstörung = Vernichtung unserer Lebensgrundlagen und die weltweiten Kriegshandlungen, Völkermord der faschistischen Gleichschalter.

Nazi- und Kriegsverbrechen sind unverjährbar international strafbewehrt!

Verweis Mittäterschaft: Das gilt auch für indirekte Beteiligung der Befehlsempfänger und stillschweigende Duldung.

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

Die Grundlage dazu ist die vollkommene Steuerung der Politik durch privatwirtschaftliche Interessensgruppen des Bankenkartells und deren Konzerne. Die allg. organisierte Unverantwortlichkeit leistet der privaten Verschwörung Vorschub.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist die höchste Rechtsnorm für alle- auch für die Landespolizei des Gleichschaltungslandes *Mecklenburg-Vorpommern* und dessen Polizeipräsidium in Rostock.

Es geht nicht um das durch STAATENLOSIGKEIT nichtig gewordene OWiG, sondern um das Kernproblem STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12.2010:

= damit Wegbruch der gesellschaftlichen Staatsgrundlagen und in Folge Nichtigkeit aller privatisierten BRD- Gesetze - (somit auch das OWiG) ausgenommen die im Militär Grundgesetz hinterlegten Militärvorschriften der alliierten Hohen Hand in der nicht souveränen BRD.

Zu den willkürlichen, grundrechteverletzenden OWi- Vorhalten:

Der Führer- Schein habe ich sofort der Polizei Hagenow nachgereicht! Damit war die Zwangsgeldandrohung erledigt.

Entgegen der willkürlichen Behauptung: Der Sicherheitsgurt hatte ich angelegt.

Gegenteilige Behauptungen seitens der zwei Polizisten vom Polizeirevier Hagenow dienen offenkundig nur dem kommunalen OWi- Geschäftsmodell und sind darüber hinaus als reine menschenverachtende Schikane der pers. befangenen Polizisten POM Hacker und dessen weibliche Begleitperson POM Ziller zu bewerten.

Herr Uwe Mathews führte weiter aus bei den ehem. DDR Grenztruppen (Mauerschützen) führend gedient zu haben und es hätte in der DDR keinen Schießbefehl gegeben! Das ist eine offene Verhöhnung der Mauerschützen- Opfer. Das gesamte Fehlverhalten der Polizeibeamten POM Herr Hacker, POM Frau Ziller und dessen Dienstvorgesetzten Polizeihauptkommissar Herr Uwe Mathews ist untragbar. Die zwei grundrechteverletzenden OWi- Verwarnungen mit Zwangsgeldforderung sind daher als unverhältnismäßig, unstatthaft und unbegründet einzustellen. Ich fordere dienstrechtliche Konsequenzen für die o. g. betr. Polizeibeamten.

Anlagenverweis:

K 19 Gesprächsprotokoll Polizeirevier Hagenow v. 26.06.2013

Allgemeine Feststellung:

ICH ZAHLE OWiG Schutzgelder in Form von sog. *Verwargelder / Bußgelder", wenn die betreffenden Organe und Personen wie die Polizei dazu ihre rechtstaatliche Legitimation nach deutschen Recht / BGB und Grundgesetz nachweisen und die angezeigt festgestellte Staatenlosigkeit + illegale Anwendung der NAZI- Gleichschaltungsgesetze - Neues Staatsrecht Staatsgrundgesetz v. 1934 + Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934 klar dezidiert juristisch beweisend widerlegen!

Landes- und bundesweite Anwendung von grundrechteverletzenden ZWANG durch MACHT vor RECHT: Ich lasse mich nicht dazu nötigen, erpressen gegen das Grundgesetz, die verfassungsmäßige Grundordnung, den gültigen alliierten Rechtsvorschriften GG 139 und die Verfassung zu verstoßen. Hierbei geht es nicht nach pers. Rechtsauffassungen, Meinungen oder Befindlichkeiten, sondern ausschließlich um die klar und zweifelsfrei angezeigten Rechtsgrundlagen.

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

Aus diesem Grund stelle ich diese Anzeige und Fachaufsichtsbeschwerde und fordere auch das zust. Polizeipräsidium Rostock aus - und nachdrücklich zur dezidierten, fach- sachgerechten Bearbeitung/ Klärung in BEWEISLASTUMKEHR auf!

Zur weiteren Begründung trage ich folgendes vor:

Zu 1

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist die höchste Rechtsnorm für uns alle- auch für die deutsche Polizei.

(Verweis Artikel 139 Bonner Militär Grund Gesetz mit den nachfolgenden Rechtsvorschriften - SHAEF + SMAD in Verbindung mit Artikel 146 + 16 + 116 GG + DriG § 9 und § 18)

Zu 2

Auch die Polizei besitzt rechtsoffenkundig keine staatliche Legitimation. Deren Behörde arbeitet nach Firmen- und Vertragsrecht und die Polizei wird unter dem German Trust handelsrechtlich geführt.

Anlagenverweis:

Internationale Auskunftsteien/ Suchanbieter bzgl. German Trust

Suchmöglichkeiten + privatisierte Justiz und deren Polizei vom Gleichschaltungsland

Mecklenburg- Vorpommern.

http://creditreports.dnb.com/webapp/wcs/stores/servlet/lballValidationCmd?storeId=11154&catalogId=71154&searchType=BSF&busName=Stadt%20Schoenau&state=&country=DE&cm_mmc=dnb- -home- -retail- -lookup -topbar#goTop

<https://creditreports.dnb.com/webapp/wcs/stores/servlet/AdvancedCompanySearch?storeId=11154&catalogId=71154&blnMdsbPortalFlag=false>

Zu 3

Ihr Unternehmen arbeitet im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt keine Staatsangehörigen einer Bundesrepublik Deutschland, sondern nur staatenloses Personal mit Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934.

Insofern können Sie auch keine rechtstaatliche Legitimation nachweisen.

Sollten Sie diese vermeintlich dennoch haben oder Sie mir eine direkte, aktuelle Staatsangehörigkeit einer Bundesrepublik Deutschland nachweisen können, bitte ich um Zusendung aussagekräftiger Beweisdokumente incl. einer Kopie der Gründungsurkunde der Bundesrepublik Deutschland.

Zu 4 Nach BGB durch die Landespolizei *MV* einseitiges Rechtsgeschäft / Vertragsfalle nach BGB § 174 + BGB § 180.

Die Polizei versucht als Verwaltungs- und Ausführungsorgan einseitige Rechtsgeschäfte unter Anwendung von grundrechtsverletzenden Zwang auf Basis von NS - Gleichschaltungsgesetzen zu produzieren!

Zu 5

OFFENKUNDIGER STILLSTAND DER RECHTSPFLEGE im Gleichschaltungsland

***Mecklenburg- Vorpommern* / der gesamten Bundesrepublik Deutschland (Feststellung der Nichtigkeit der Wahlen durch das aktuelle BVerG- Urteil vom 25.07.2012 + seit 8.12.2010 Staatenlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland):**

Nicht erfolgte Klärung und Verriegelung/ Stillstand der Verfahren – Stillstand der Rechtspflege.

Zu 6 Arglistig täuschende Weiterführung der NS- Gleichschaltungskolonie von 1934 durch die Bundesrepublik Deutschland/EU:

Entwicklung/ Ausgangssituation:

RuStAG (RoStAG) von 22. Juli 1913:

Im Gesetz steht **Reichsangehörigkeit R = Ausland** (betraf Dienstangestellte in den deutschen Schutzgebieten)

ODER **Staatsangehörigkeit StAG = Inland** (Deutsche in den jeweiligen Heimatländern/ Bundesstaaten im Deutschen Reich)

= Es existiert(e) eine doppelte Staatsangehörigkeit. (Kolonie ODER Inland = **R oder STA**)

Die Heimat der Deutschen Völker:

bis 1933 = HEIMAT - Staatsangehörigkeit im Deutschen Heimatreich: *jeweiliges Heimatland (LStA) Mecklenburg- Schwerin, Mecklenburg- Strelitz, Sachsen, Bayern, Thüringen, Baden, Preußen usw.*

Täuschung, Gleichschaltung:

1934 – 1945 = gleichgeschaltete Auslands - Staatsangehörigkeit: *deutsch* /deutsche Staatsangehörigkeit**/ *Deutsches Reich*/ *deutscher Reichsangehöriger* /

(R = StAG = Umsturz der Weimarer Verfassung, siehe Kolonieverfassung/ Staatsgrundgesetz: Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934)

R = StA

Kriegslist, Täuschung, Gleichschaltung: Anlage 3. Staatenlosigkeit Teil 1 und 2

1945: Kein Frieden, Waffenstillstandsbedingungen mit lfd. Unterbrechungen!

= HLKO Artikel 24: *...Kriegslisten.. sind erlaubt.*

1945 – 1949: Weiterführung gleichgeschaltete Kolonie - Staatsangehörigkeit: /deutsche Staatsangehörigkeit* = *Deutsches Reich*= *Deutschland* mit Glaubhaftmachung *deutsch*
R = StA

1949 –2010 = gleichgeschaltete Kolonie - Staatsangehörigkeit: *deutsche Staatsangehörigkeit* mit Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934. R = StAG

1990 Erneut keine Friedensverträge mit über 54 Nationen.

= HLKO Artikel 24: *...Kriegslisten.. sind erlaubt.*

Die Verordnung vom 05. II. 1934 über die <u>deutsche Staatsangehörigkeit R=StAG</u> ist mit der milit. Kapitulation des III. Reiches <u>nicht</u> ersatzlos untergegangen
--

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wird 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt. (RGBL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

Auf dem BRD- Personalausweis steht die Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* nach Staatsangehörigkeitgesetz (Gleichschaltungsgesetz) vom 05.02. 1934.

RGBL Teil I Seite 85.

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD gibt die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 wieder. R = STA

**Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD zeigt den Status der Gleichschaltung/
Heimatlosigkeit von 1934 an.**

(siehe Kolonieverfassung/ Staatsgrundgesetz Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934, Ausweisdokumentation mit der StA- Glaubhaftmachung *Deutsch; Deutscher, Deutsche, Deutschland, Deutsches Reich, deutscher Reichsangehörige(r) * 1934 – bis heute)

Jeder BRD – Bürger hat durch die faschistische deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 die Auslands-/Kolonie – Staatsangehörigkeit. (unmittelbare Reichsangehörigkeit) **R = STAG**

**Der Statusdeutsche ist damit heimatlos, vollkommen entmachtet und entrechtet!
Deshalb sind auch die Menschenrechte c/o. Grundrechte für die Deutschen
rechtsoffenkundig NICHT in Funktion.**

Verbotene, strafbewehrte Weiterführung Nazismus und Faschismus durch zu rügende
Amtshandlungen der BRD- Behörden:

Auf unserem BRD- Personalausweis steht die Staatsangehörigkeit- Glaubhaftmachung
DEUTSCH nach Staatsangehörigkeitsgesetz (Gleichschaltungsgesetz) vom 05.02.1934.
Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD mit der ***DEUTSCHEN
STAATSANGEHÖRIGKEIT von 1934** wird im

-A U S L Ä N D E R A M T-

beantragt.

Dazu Verweis auf das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Mai 1935:

§ 1. Über die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden die Einbürgerungsbehörden nach pflichtmäßigem Ermessen. Ein Anspruch auf Einbürgerung besteht nicht.

§ 2. Die §§ 10, 11, 12, 26 Abs. 3 Satz 2, § 31 und § 32 Abs. 3 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) treten außer Kraft; das gleiche gilt von § 15 Abs. 2 und § 34 insoweit, als sie einen Anspruch auf Einbürgerung gewähren.

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

= *deutsche Staatsangehörigkeit* + *deutscher Volkszugehörigkeit* sind Begriffe aus der 2010 erfolgten Gleichschaltung der RuStAG von 1913 (R= StAG) nach StAG / (Verweis Kolonieverfassung: Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934)

Art. 139 GG hat Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen!

1. 1945 Alliierte Streitkräfte SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel 1

1) Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit **30. Januar 1933** eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, **verlieren hiermit ihre Wirksamkeit** .

2. Kontrollratsgesetz Nr. 1 **Ausrottung der Nazigesetze** vom 20. Sept. 1945

3. Das Urteil Tribunal General 06.01.1947 ist für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

bindend.

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht vom 23.11.2007 Art. 4 § 3 **bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen fort.** 26. Mai 1952

Gemäß Art. 139 GG sind der Bundesgesetzgeber, die Bundesbehörden und die Gerichte einschließlich des BundesGrundGesetzGerichtes auf Dauer gehindert, die Auflagen der Alliierten zu ändern oder aufzuheben.

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Der Artikel 139 GG ist aus Kriegslistgründen daher im Militär GG geschaltet. (HLKO Artikel 24)

Anlagenverweis:

K 1 § Dokumentation Staatenlosigkeit 1 und 2

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wird 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt. (RGL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

Der geheime Staatsstreich: Am 08.12.2010 wurde die ~~Reichsangehörigkeit (unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit)~~ beseitigt. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010) siehe dazu Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010

Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger

Glaubhaftmachung *DEUTSCH*

StAG 1913 v. 08.12.2010 / BGBl. Teil III v. 1. 08. 1959

Teil I GER / Teil II DDS

K 3 Deutsche StA - Sprachliche Einführung+ Rassegesetze 1933

K 4 Richteramt RGL 1936

K 5 Methoden der Faschisten

K 6 Deutsche Staatsangehörigkeit=Reichsangehörigkeit

K 7 aktuelle Nazigesetze

Zu 7

Die Rechtslage für die BRD hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit von 1934 geändert.

2010 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010

Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959

102 . 2 ~~R = StAG 1934~~ **Reichsangehörigkeit = unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit, ist beseitigt**

102 . 1 StAG 1913 ~~unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit ?~~

§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~ besitzt.

§ 2 ~~Deutscher ist, wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.~~ (weggefallen 1999)

Seit dem 8.12.2010 liegt rechtsoffenkundig durch geheimen Staatsstreich doppelte Staatenlosigkeit für alle Bundesbürger mit deutschen Staatsangehörigkeit und der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* vor:

Status § 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit wurde beseitigt.

**Die unmittelbare Reichsangehörigkeit war die deutsche Staatsangehörigkeit!
Beides ist ein und dasselbe!**

**Jeder Deutsche ist in der BRD seit dem 08.12.2010 staatenlos
und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!**

siehe dazu Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010
Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt -
Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger + Der Unionsbürger Wikipedia

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD hat damit auch die Voraussetzung zur EU- Mitgliedschaft verloren!

**1992 (Maastrichtvertrag) Verleihung der Unionsbürgerschaft EU. (Nicht-
Staatsangehörigkeit)
Geheimer Staatsstreich v. 8.12.2010 (Nicht- Staatsangehörigkeit)**

Bedeutung Staatenlos = vogelfrei:

Vogelfrei:

= ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe vom Reichsacht betroffen; ausgestoßen, **keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.**

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem **frei gejagt und getötet werden durfte**. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt**. (z. B. OWi)

[1] **Vogelfreie Menschen konnten (können) ungestraft getötet werden.**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heimzureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“[2]

(Quelle: <http://de.wiktionary.org/wiki/vogelfrei>)

Die STAG- Gleichschaltung von 1934 wurde beseitigt.

Die neue Gleichschaltung ist u.a. die doppelte NICHT- STAATSANGEHÖRIGKEIT!

Im Militär Grundgesetz (GG) für die BRD SIND DIE Artikel 16 und 116 außer Funktion!

Der Stillstand der Rechtspflege ist eingetreten!

Die Bundesrepublik Deutschland hat auch die Voraussetzung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union verloren und muß daher sofort die EU verlassen!

Tricksen, täuschen, Tarnen:

Die Bundesrepublik Deutschland hat uns dazu den Personalausweis *DEUTSCH* ohne die notwendige juristische Hintergrundinformation/ Aufklärung ausgestellt!

Verbotene, strafbewehrte Weiterführung Nazismus und Faschismus durch zu rügende Amtshandlungen der BRD- Behörden:

Der Zwang zur „deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 / Glaubhaftmachung

***DEUTSCH* wird seit 1934 bis heute nahtlos fortgesetzt. Die NS- Gleichschaltungsgesetze werden weiter illegal angewendet.**

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

Bei Verweigerung des neuen BRD- Personal - Ausweises *DEUTSCH* 1934 droht heute allgemein ein empfindliches Ordnungsgeld.

Verweis auf das Amtsblatt für Schleswig Holstein vom Juni 1946!

BRD – Amtseid Artikel 56/Art. 64 GG, (alle BRD - Amtspersonen und BRD - Parteien)
<http://de.wikipedia.org/wiki/Amtseid>

Deutscher Richtereid § 18 deutsches DRiG (alle BRD - Richter)
http://www.lexsoft.de/lexisnexis/justizportal_nrw.cgi?xid=139958,45

und alle Schwüre/ Beteuerungen auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:

Auch jeder Verwaltungsbeamte/ Angestellte/ Richter/ Staatsanwalt der Bundesrepublik Deutschland unterliegt damit den verbotenen NaZi- Gleichschaltungsgesetzen!
(Verweis Staatsangehörigkeit laut STAG vom 05.02. 1934 + Neues Staatsrecht1934)

Damit haben wir keine Heimatbehörden, sondern NaZi- Gleichschaltungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundrechteverletzungen können durch die NaZi- Überlagerung/ Befangenheit der deutschen Justiz ebenfalls nicht abgeholfen werden!

Artikel 1- 19 GG. Die Menschenrechte / Grundrechte sind ohne strafbewehrten Rechtsschutz in der BRD!

Es besteht damit folgender offenkundiger Tatbestand:

Die Bundesrepublik Deutschland führt TÄUSCHEND die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz / Neues Staatsrecht ab 1934 weiter!

Das seit 1934 gleichgeschaltete deutsche Volk *DEUTSCH*/ *deutsche Staatsangehörigkeit* auf dem deutschen Teilstaatsgebiet der BRD. (Gleichschaltung nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz und *Neues Staatsrecht* (siehe Kolonieverfassung Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934)

)

Gleichgeschaltetes deutsches Staatsvolk auf deutschen Teilstaatsgebiet in Verwaltung durch die BRD unter NaZi- Staatsangehörigkeit + weitergeführte Nazi – Gesetze!

= Die Bundesrepublik Deutschland führt damit staatsrechtlich juristisch das 3. NaZi- Reich weiter!

Durch die blutige, faschistische deutsche Staatsangehörigkeit wurden Millionen von Menschen umgebracht, enteignet und vertrieben.

Anlage 13: Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit

Churchill und Roosevelt haben schon 1942 öffentlich erklärt, die NaZi- Tyrannei zu beseitigen. 1945 wurde das Ziel nicht erreicht, sondern stattdessen die Kriegslist nach Artikel 24 HLKO geschaltet und die Staatsangehörigkeit von 1934 NICHT beseitigt.

Artikel 139 GG:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Es gelten vollumfänglich die alliierten SHAEF Entnazifizierungsbestimmungen.

BRD- Verwaltungsorganisationen dürfen unter Strafe nicht entnazifizieren.

Siehe dazu die SHAEF– SMAD - Entnazifizierungsbestimmungen der Alliierten.

Nur die Alliierten haben die juristische Hoheit zur Entnazifizierung!

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

Auch **Hohe Hand** genannt.

Jeder BRD- Bürger, damit auch alle Verwaltungsbeamten/ Angestellten/ Richter/ Staatsanwälte sind laut Artikel 139 GG und den nachfolgenden Bestimmungen und Gesetzen gesetzlich strafbewehrt verpflichtet, dem umgehend Abhilfe zu leisten und die NaZi- Gleichschaltung ab 1934 sofort zu beenden!

<p>Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG FÜR die Bundesrepublik Deutschland.</p>
--

Der Verfassungsauftrag über Artikel 146 GG führt über die Umsetzung der durch das Bonner Militär Grund Gesetz (GG) überlagerten Verfassung von 1919 zur Beseitigung des Verstoßes!

Die Heimatangehörigkeit/ Staatsangehörigkeit unserer Großeltern war vor 1934 die jeweilige Landesstaatsangehörigkeit.

Der Staatsangehörige *DEUTSCH* *deutsche Staatsangehörigkeit* gilt für die Heimatländer als verloren, wenn der Verlust der Heimatangehörigkeit **nicht** angezeigt wird.

Das Eigentum an der deutschen Heimat ist mit der Heimatangehörigkeit verknüpft und nicht mit der gleichgeschalteten Staatsangehörigkeit von 1934 / Glaubhaftmachung *DEUTSCH*.

Auch darum zeige ich Ihnen diesen Verlust der Heimat/ Staatenlosigkeit für alle deutschen Staatsangehörigen in der BRD an!

Sie sind zur Abhilfe (Grund)gesetzlich nach Artikel 139 und den nachfolgenden Rechtsvorschriften pers. strafbewehrt verpflichtet! (SHAEF, SMAD)

DAS KERNPROBLEM: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch Staatlosigkeit selbst das Genick gebrochen!

Wegbruch der gesellschaftlichen Staatsgrundlagen und in Folge Nichtigkeit aller privatisierten BRD- Gesetze - (somit auch das OWiG) ausgenommen die im Militär Grundgesetz hinterlegten Militärvorschriften der alliierten Hohen Hand in der nicht souveränen BRD.

Auch das durch STAATENLOSIGKEIT z. B. nichtig gewordene OWiG ist juristisch nachgeordnet!

Daher ist dieser Vorgang vorrangig zu behandeln!

Anlagenverweis:

K 1. Dokumentation Staatenlos 1 + 2

K 2. + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger + Der Unionsbürgerschaft Wikipedia

Zu 8

Verweis Feststellung der Fehlerhaftigkeit der Wahlen ab 1956 durch das akt. BVerG-Urteil vom 25.07.2012:

BVerfG, 2 BvF 3/11 vom 25.7.2012, Absatz-Nr. (1 - 164),

http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20120725_2bvf000311.html

Durch Staatenlosigkeit nichtige Rechtsgrundlagen, in Folge Nichtigkeit des nichtig gewählten Gesetzgebers, Nichtigkeit dessen Weisungen und dessen Rechtsgrundlagen wie auch Ihrer Handels- seerechtlichen Abgabenordnung. In § Folge liegt NICHTIGKEIT der Wahlen, jeder Ernennung vor!

Zu 9

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

**Seit 1945 keine Friedensverträge mit ca. 54 Nationen und deren Satteliten.
Die Bundesrepublik Deutschland darf, will und kann keinen Frieden schließen!
Beteiligung von der Bundesrepublik Deutschland an weltweiten Völkermord,
Kriegsverbrechen und Angriffskriegen!**
= HLKO Artikel 24: *...Kriegslisten.. sind erlaubt.*

Anlagenverweis:

K 10 Protokolle aus dem Kanzleramt S 106 + 117, ISBN 3-486-56360-2

K 11 Protokoll franz. Vorsitzender No 354 B, Anlage 2, 3. Treffen der Außenminister - Paris
17.07.1990

K 12 Liste der Kriegserklärungen gegen Deutschland

Zu 10

Ignoranz: Alle Schriftsätze mit den umfangreichen Beweismaterial wurden durch die zust.
BRD Verwaltungsorgane auf Bundes - & Landesebene weder gewürdigt noch fach-
sachgerecht bearbeitet, geschweige die notwendige Abhilfe geschaffen.

**Es besteht 2013 in der Bundesrepublik Deutschland durch STAATENLOSIGKEIT
rechtsoffenkundig STILLSTAND der RECHTSPFLEGE!**

**Mittlerweile völlige Willkür bis zur Standgerichtsbarkeit/ Ausnahmegerichte wie am
Beispiel 19230 Amtsgericht Hagenow: Dazu wird fast jedes Verfahren einfach
überrollt und offen das nationale wie internationale Recht gebrochen. Die Polizei steht
auch als Justizhilfe- und Ausführungsorgan im o. g. Konflikt der STAATENLOSIGKEIT.**

**Hierbei geht es nicht nach pers. Rechtsauffassungen, Meinungen oder
Befindlichkeiten; sondern ausschließlich um die angezeigten Rechtsgrundlagen! Ich
fordere auch Sie in Beweislastumkehr auf, die von mir getätigte Feststellung dezidiert
zu widerlegen.**

ZUSTÄNDIGKEITSVERWEIS:

**Der allg. § Vorgang wurde durch die Hohe Hand angenommen und wird bearbeitet:
Siehe Anlage Schreiben Haupt- Militär-Staatsanwalt, Cholsunow Pereulok 14, 119852
Moskau / Russische Föderation an meine Person!
AZ: 4yp-323/12/2045**

**GLAUBHAFTMACHUNG *DEUTSCH* 1934: Die staatlose BRD ist heute nur noch wie
eine Glaubensgemeinschaft- eine Kirche zu bewerten. Immer mehr Menschen
erkennen die Täuschung und den Universalbetrug an sich selbst und nehmen ihre
Verantwortung für Heimat und Frieden wahr.**

Aufforderung an das bewaffnete Schutz- und Ausführungsorgan Polizei:

**Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch Staatenlosigkeit und Weiterführung
der Nazi- Gleichschaltungsgesetze & Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934 selbst
der Legitimation beraubt und das Band der Gesellschaft zerrissen.**

**Machtmißbrauch - Macht vor Recht: Verweis durch NATO- Bündnisfall ab 9/11 scharf
geschaltete EU Todesstrafe/ Schießbefehl im Lissabonvertrag, offenkundiger
Stillstand der Rechtspflege, verbotene Standgerichtsbarkeit.!**

**Positionieren Sie sich 2013 zweifelsfrei gegen den Faschismus und Nazismus, Krieg
und Völkermord!**

**Nehmen Sie zweifelsfrei den vereidigten Schutzauftrag für das gleichgeschalt -
entmachtet- vogelfreie deutsche Volk, die rechtsgültige, aber überlagerte Verfassung
v. 1919 und das Bonner Militär - Grundgesetz wahr!**

Ich erwarte die klare Positionierung der deutschen Polizei -c/o Landespolizei

***Mecklenburg- Vorpommern* zum Schutz des gleichgeschalteten deutschen Volkes,**

ANZEIGE und FACHAUFSICHTSBESCHWERDE

**der verfassungsmäßigen Grundordnung, dem GG, der rechtsgültigen Verfassung v. 1919 und gegen den BRD- EU- Faschismus:
Es ist auch Ihre klare, zweifelsfreie Positionierung für den Welt-Frieden, Heimat und Zukunft für alle!**

Eine Kopie des gesamten Vorganges wird an die laut Artikel 139 Bonner Militärgrundgesetz GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften der zuständigen Haupt- Militär-Staatsanwalt, Cholsunow Pereulok 14, 119852 Moskau / Russische Föderation übergeben über die Botschaft Russische Föderation zugeleitet.

Der Vorgang wird im höchsten öffentlichen Interesse öffentlich geführt!

Ich erwarte dazu Ihre korrekte Eingangsbestätigung und fach- sachgerechte saubere Bearbeitung bis zum 30. 07. 2013 - jedoch spätestens bis zum Ablauf der national und international gültigen 21 Tage Regelung im rechtlichen Schriftverkehr. Sollten Sie innerhalb von 21 Tagen ab o.g. Datum nicht entsprechend des Sachstands klärend reagieren, gelten meine Ausführungen laut BGB/ allgemeinen nationalen verbindlichen Recht als angenommen. Irrtümer und Fehler sind vorbehalten und bitte ggfs. um Berichtigung. Ergänzungen und Korrekturen bleiben stets vorbehalten.

Mit heimatlichen Friedensgrüßen Rüdiger Klasen

Verweis auf die Anlagen in der Akte:

- K 1. Dokumentation Staatenlos 1 + 2
- K 2 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger + Der Unionsbürgerschaft Wikipedia
- K 3 Deutsche StA - Sprachliche Einführung+ Rassegesetze 1933
- K 4 Richteramt RGBL 1936
- K 5 Methoden der Faschisten
- K 6 Deutsche Staatsangehörigkeit=Reichsangehörigkeit
- K 7 Auswahlliste aktuelle Nazigesetze
- K 8 EU- Todesstrafe/ Schießbefehl
- K 9 staatenlos.info - Faltblatt
- K 10 Protokolle aus dem Kanzleramt S 106 + 117, ISBN 3-486-56360-2
- K 11 Protokoll franz. Vorsitzender No 354 B, Anlage 2, 3. Treffen der Außenminister - Paris 17.07.1990
- K 12 Liste der Kriegserklärungen gegen Deutschland
- K 13 Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit
- K 14 Alliierte Zuständigkeit im Grundgesetz
- K 15 AG Vechta
- K 16 Die Wurzeln der Brüsseler EU
- K 17 BMI Stellungnahme
- K 18 Verfassung 1919 = Friedensverträge
- K 19 Gesprächsprotokoll Polizeirevier Hagenow v. 26.06.2013
- K 20 Ausgeschl. Person POM Hacker
- K 20 Ausgeschl. Person POM Ziller

+ Verweis auf alle § Rechtsdokumente und u. g. Webseiten:

<http://staatenlos.info/>

Verweis auf fach- sachorientierte Webseiten:

<http://staatenlos.info/>

<http://ag-freies-deutschland.de/>

www.gg146.de und viele weitere.